

2026 – Rückkehr des Imperialismus?



KI-generierte Abbildung: Der Präsident der USA im Habitus eines imperialistischen Staatschefs des 20. Jh.

Vor einem Jahr äusserten wir an dieser Stelle die [Diagnose](#), dass eine auf neoliberalen Grundsätzen gegründete globalisierte Wirtschaft durch eine neue Leitideologie abgelöst werden wird. Wir postulierten einen neuen Merkantilismus, der auf einige Wesensmerkmale des Handelskapitalismus des 18. Jahrhunderts zurückgreift. Vier Elemente sahen wir als typisch an, nämlich dass der Staat die Wirtschaft orchestriert (im Gegensatz zum freien Markt), dass Handelsbilanzen als Determinante des nationalen Wohlstandes gelten und gesteuert werden, dass die Industriepolitik eine gewisse Autarkie gewährleisten soll und schliesslich, dass grosse nationale Firmen vor Konkurrenz geschützt werden. Wir lagen mit dieser Diagnose wohl richtig. Die Konturen dieses neuen Merkantilismus schärfen sich und können mit weiteren Erkenntnissen ergänzt werden, für die geschichtliche Parallelen bestehen. Die Handlungsmuster der Wirtschaftspolitik des 18. und 19. Jahrhunderts finden auch in der Aussenpolitik ihr Abbild: Vorbei ist es mit dem Ideal der Selbstbestimmung der Völker; Grossmächte ent-

scheiden über das Schicksal kleinerer Staaten, wechselnde, opportunistische Allianzen treten an die Stelle von wertebasierten Bündnissen wie etwa der NATO. Militärische und wirtschaftliche Dominanz gehen Hand in Hand: Nach dem «Coup d'État» in Venezuela lässt die US-Regierung verlautbaren, die grossen Ölvorkommen, auf die ein Anspruch bestehe, können nun durch US-Unternehmen ausgebeutet werden. Auch Grönland wird immer wieder ins Spiel gebracht, was, wenn ausgeführt, wohl das Ende der NATO besiegeln würde. Man fühlt sich in der Geschichte des Kapitalismus in seine Anfänge zurückversetzt: Die Ausbreitung des kapitalistischen Wirtschaftssystems ging Hand in Hand mit militärisch durchgesetzter Interessenpolitik. Wer sich darüber gerne ein Bild machen will und dabei über das nötige Sitzleder verfügt, um die über tausend Seiten durchzulesen, dem sei [Sven Beckert's Buch «Kapitalismus – Geschichte einer Weltrevolution»](#) empfohlen.

Eine zweite Vertiefung verdient auch das sich wandelnde Verhältnis von Staat und Wirtschaft. Die in den letzten Jahrzehnten aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht empfohlene zurückhaltende Rolle des Staates als Garant der Wirtschaftsfreiheit und des fairen Wettbewerbs wandelt sich. Der Staat wird zunehmend zu einem Wirtschaftsakteur, der nicht mehr als Behüter des freien Wettbewerbs auftritt, sondern seine Ressourcen für wirtschaftliche Zwecke einzusetzen bereit ist. Die Beteiligung der USA an Intel sowie der

Einsatz des Militärs in Venezuela, um Zugang zu den dortigen Ölreserven zu erzwingen, sind Beispiele dafür. Mit dem Staat als aktivem oder gar aggressivem Gestalter der Wirtschaft werden sich die geopolitischen Spannungen erhöhen und der Zugang zu wichtigen Rohstoffen oder Technologien wird umkämpfter.

In einer solchen Welt werden einseitige Abhängigkeiten zu einem grossen Risiko. Der Abbau dieser Abhängigkeiten ist für Staaten und Unternehmen zu einem wichtigen Faktor geworden. Wenn man in der Geschichte zurückblendet, waren solchen Phasen jedoch nicht einfach ein wirtschaftliches Desaster. Die Jahrzehnte vor 1914 tragen nicht umsonst den Namen «Belle Époque», sie werden durchaus auch als eine Zeit des schnellen technischen Fortschritts und kultureller Blüte beschrieben. Auch die Anlagemärkte boten den Investoren gute Möglichkeiten. Dass nicht alle gesellschaftlichen Schichten in gleichem Masse von dieser imperialen Spielart des Kapitalismus profitierten, hat Thomas Piketty in seinem Werk [Das Kapital im 21. Jahrhundert](#) gezeigt. Auch das ist, insbesondere mit Blick auf die USA, eine Parallele zur Aktualität. Das Denken in wirtschaftlich stärker abgegrenzten Interessensphären führte aber auch dazu, dass industrielle Kapazitäten und Infrastruktur gleichmässiger verteilt wurden. Der technische Vorsprung und der Protektionismus Grossbritanniens führten etwa dazu, dass in Frankreich die Anzahl von Baumwollfabriken zwischen 1789 und 1812 von 6 auf 272 stieg, um aufzuholen und von Grossbritannien unabhängig zu werden. Rückstand und Marktabstottung lösten lokale Investitionen aus. Das Gravitationszentrum der Weltproduktion liegt heute in Asien, aber die Welt dürfte auch in wirtschaftlicher, nicht nur politischer Hinsicht, eine multipolare Struktur erhalten. Aus einer Wirtschafts- und Investorenperspektive stellt sich deshalb die Frage, wo in einem zunehmend protektionistischen Umfeld investiert wird, um Abhängigkeiten zu reduzieren und Redundanzen zu schaffen. Diesen Fragen wird im Investitionsausblick nachgegangen.